

1207/AB XXI.GP

Eingelangt am: 2.11.2000

BM f. soziale Sicherheit und Generationen

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meine Amtsvorgängerin gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten **Mag. Johann Maier und Genossen betreffend „Einsparungspotential Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen - Bescheidwesen nach LMG“, Nr. 1223/J**, wie folgt:

**Fragen 1 und 2:**

Gerade das Sozialministerium hat in der Vergangenheit sämtliche Anforderungen hinsichtlich Einsparungen erfüllt. An allen Projekten zum Thema „Verwaltungsreform“ (z.B. Aufgabenkritik) hat mein Ressort immer aktiv und hochmotiviert teilgenommen. Im Bereich Personalentwicklung hat das Ressort seit Jahren eine unter allen Ressorts führende Rolle inne, bei den Belohnungen und Überstunden gehört es nachweislich zu den sparsamsten.

Auch an anderen wesentlichen Projekten zur Reorganisation und Effizienzsteigerung war und ist mein Ministerium immer wieder federführend beteiligt: So nimmt das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen im Rahmen des Projektes „HV-SAP“, welches eine Reorganisation des gesamten Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes mit sich bringen wird, als allererstes Ministerium teil und hat dort eine „Pilotrolle“ inne, die sich auf alle anderen Ressorts nachhaltig auswirken wird. Anlässlich dieses Projektes wird ein Großteil der Aufbau- und Ablauforganisation des Ressorts (z.B. Buchhaltungen, Budgetabteilungen, Beschaffungswesen) genauestens untersucht und optimiert.

In meinem Ressort gibt es also eine kontinuierliche Suche nach Einsparungspotentialen. Zum Thema „Ausgliederung des Insolvenzausfallgeldfonds“ ist bereits meine Amtsvorgängerin an den Herrn Bundesminister Bartenstein herangetreten, andere Ausgliederungsvorhaben befinden sich derzeit im Prüfstadium.

**Frage 3:**

Die Umsetzung sämtlicher beschriebener Reformmaßnahmen hat derzeit keinerlei Auswirkungen auf die Anzahl der Sektionen in meinem Ressort.

**Fragen 4 und 5:**

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Verfahren gemäß § 17 (Anmeldung diätetischer Lebensmittel) und § 18 LMG 1975 (Anmeldung von Verzehrprodukten) nicht um durch Bescheiderlassung zu erledigende Zulassungsverfahren, sondern um Anmeldeverfahren handelt. Dies bedeutet, dass mit der erfolgten Anmeldung ein sofortiges Inverkehrbringen des Produktes zulässig ist. Lediglich bei Anträgen auf Verwendung von gesundheitsbezogenen Angaben im Sinne des § 9 Abs. 3 LMG 1975 handelt es sich um ein Zulassungsverfahren, d.h. es ist die beschneidmäßige Zulassung abzuwarten.

In den Verfahren gemäß den §§ 9, 17 und 18 LMG 1975 wird seit Anfang der 90 - er Jahre die automationsunterstützte Datenverarbeitung eingesetzt.

**Frage 6:**

Nach Ablauf der 3 - monatigen Untersagungsfrist erfolgt keine beschneidmäßige Erledigung, da nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nach Fristablauf Unzuständigkeit der Behörde vorliegt.

Die Möglichkeit von „Fristabläufen“ ergibt sich aus der Tatsache, dass die Zahl der Anmeldungen in keiner Relation zur Zahl der für die fachliche Beurteilung zur Verfügung stehenden Amtssachverständigen steht. Darüber hinaus hat sich die Behörde nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes mit Einwendungen gegen ein Sachverständigengutachten, die sich gegen dessen Grundlagen und seine Schlüssigkeit richten, auch dann auseinander zu setzen, wenn diese Einwendungen nicht sachverständig untermauert sind (VwGH-Erkenntnis ZI. 96/10/0239).

**Fragen 7 und 8:**

Die überwiegende Anzahl der sog. „Fristabläufe“ wird durch mangelhafte Anmeldungen verursacht. Obwohl meine Mitarbeiter/innen ein Merkblatt über das Procedere bei der Anmeldung von Verzehrprodukten ausgearbeitet und veröffentlicht haben, sind die vorgelegten Unterlagen in vielen Fällen mangelhaft. Dies führt zu zahlreichen Verbesserungsaufträgen, wodurch es schon zu Beginn des Verfahrens zu erheblichen Verzögerungen kommt. Erhebt die Partei darüber hinaus noch Einwendung gegen das Sachverständigengutachten, ist ein ordentliches Verfahren innerhalb von drei Monaten kaum mehr durch Bescheid abzuschließen, da diese Fallfrist ex lege unerstreckbar ist.

Mein Ressort hat schon mehrmals an die Wirtschaftskammer Österreich appelliert, auf ihre Mitglieder einzuwirken, nur entsprechend belegte Anmeldungen vorzulegen.

**Fragen 9 und 10:**

Dieses System als „ineffizient“ zu bezeichnen, erscheint verfehlt, da im Gegensatz zu anderen Ländern in Österreich die Anmeldung ein qualifiziertes Überwachungs-instrument der Behörde darstellt. In anderen Ländern werden die Produkte ohne vorherige behördliche Prüfung in Verkehr gebracht und es hängt von einer allfälligen Probenziehung ab, ob das Produkt jemals entsprechend kontrolliert wird. In Österreich stehen Behörde, Untersuchungsanstalt und Lebensmittelaufsicht in so engem Kontakt, dass gerade durch das Anmelde- und Bescheidverfahren eine gut funktionierende Überwachung möglich ist.

**Frage 11:**

Es ist darauf hinzuweisen, dass seitens der Lebensmittelbehörde neben der Erledigung der zahlreichen Anmelde- und Zulassungsverfahren gemäß den §§ 9, 17 und 18 LMG 1975 auch 142 Verordnungen (mit Stand 1. August 2000) samt Novellen auf Grund des Lebensmittelgesetzes erlassen worden sind, wobei ein Großteil der Umsetzung von EG-Richtlinien diente (seit dem EU-Beitritt 1995: 79 Verordnungen). Ein Ende ist nicht absehbar, im Gegenteil, immer neue Bereiche werden harmonisiert (z.B. die Rindfleisch-Etikettierung oder die Bestrahlung von Lebensmitteln). Eine Einsparung von Planstellen in diesem Bereich ist daher aus Gründen des Gesundheits- und Verbraucherschutzes kaum vorstellbar und wäre kontraproduktiv.

Mein Ressort wird auch immer mehr zur Servicestelle der Firmen, die sich angesichts der zunehmenden Verrechtlichung nicht mehr zurechtfinden und bei Auslegungsfragen meine Mitarbeiter/innen kontaktieren. Dabei werden Anfragen nicht nur von österreichischen Firmen gestellt, sondern von Firmen aus der ganzen Welt. Erwartet wird eine schnelle Beantwortung bzw. Erledigung dieser Anfragen. Nicht vergessen werden darf, dass die in meinem Ressort eingerichtete Lebensmittelbehörde nicht nur Behörde erster Instanz für Verfahren gemäß den §§ 9, 17 und 18 LMG 1975, sondern auch Berufungsinstanz in diversen anderen Verfahren (z.B. Hygiene- oder Trinkwasserangelegenheiten) ist.

Die Zahl der Berufungen nimmt stetig zu, da zum einen die Bescheidadressaten ihre Berufungsmöglichkeit verstärkt nutzen und zum anderen sich durch neu erlassene Verordnungen zusätzliche Berufungsmöglichkeiten ergeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Bundesminister:

